

Unsere Stadt

Wer in Wedding in der Öffentlichkeit Schnaps oder Bier trinkt, wird bestraft

Berlin - Der Wedding wird alkoholfreie Zone: Ein Schluck aus der Pulle kann teuer werden - an manchen Stellen bis zu 280 Mark. So hoch ist das Bußgeld, das vom Bezirksamt künftig verhängt werden kann. Tiefbauamtsleiter Bernd Wickmann greift durch, und Baustadtrat **Bernd Schimmler** (SPD) stärkt ihm den Rücken: "Die Sixpack-Orgien in Grünanlagen und an öffentlichen Orten müssen aufhören." Da sind sich beide einig. Anwohner aus der Gegend um die Malplaquet- und Utrechter Straße hatten sich immer wieder beschwert: Betrunkene pöbeln in den nahegelegenen öffentlichen Anlagen herum. Sie urinieren auf die Spielplätze. Die Müllbehälter quellen über von leeren Bierflaschen, Bierdosen. Kein schönes Bild. Der Bezirk reagierte, bat die Polizei um verstärkte Streifen. "Der Abschnitt verstärkte sofort die Kontrollen", sagt Bernd Schimmler. Das Ergebnis: Innerhalb eines Monats hagelte es 30 Anzeigen. "Inzwischen sind vier Bußgeldbescheide zwischen 150 und 200 Mark rausgegangen. Und wer nicht zahlt, der wandert eben in den Bau", kündigt Wickmann an. Und er stellt noch mal klar: "Wir wollen den Leuten natürlich nicht das Trinken verbieten. Aber exzessive Saufgelage, unter denen Anwohner leiden - das darf nicht sein." Schon zeigt sich auch Schöneberg an dem Weddinger Modell interessiert. Baustadtrat Gerhard Lawrentz (CDU): "Wir werden uns beim Bezirksamt Wedding schlau machen. In der Badensche Straße liegen sie betrunken auf den Parkbänken rum, wenn im Sozialamt Zahltag ist. Vielleicht können wir dieses Problem nach Art der Weddinger lösen." In Mitte ist man eher skeptisch. Stefan Rauer, Leiter des Naturschutz- und Grünflächenamtes: "Beschwerden gab es aus der Rathausstraße, weil sich dort Leute mit ihren Hunden versammeln und Alkohol trinken. Aber die Polizei einschalten? Ich hätte Vorbehalte gegen die Verdrängung." Auch in Pankow macht man sich Gedanken. "Wir werden uns in Wedding über diese Aktion erkundigen und prüfen, wie nachhaltig das wirkt", kündigt ein Mitarbeiter der Verwaltung an.

BZ vom 20. September 2000